585a 35. Jahrgang

Parlaments-Ausgabe

Berlin, 17. November 1906

Berliner Tageblatt

Deutscher Reichstag

119. Sitzung vom 16. November.

Die Bundesratstische sind im ersten Teil der Sitzung, in dem Wahlprüfungen stattfinden, leer.

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Das Haus ist überaus gut besetzt mit Rücksicht auf die namentlichen Abstimmungen, die aus Anlaß der gestern verhandelten Wahlprüfungen stattfinden.

Die erste namentliche Abstimmung gilt der Wahl von Dietrich (kons.). Sie wird mit 202 gegen 117 Stimmen bei einer Enthaltung für gültig erklärt.

Die folgende namentliche Abstimmung über die Wahl von Malkewitz (kons.) ergibt gleichfalls die Gültigkeit mit 177 gegen 135 Stimmen, während sich neun Abgeordnete der Abstimmung enthalten.

Die Verkündung des Abstimmungsergebnisses veranlaßt eine recht stürmische Szene. Die Sozialdemokraten und ein Teil der Freisinnigen brechen in leidenschaftliche Phrasen aus, auf die die Rechte mit Hohngelächter erwidert. Der Präsident rügt diese Ausschreitungen als unparlamentarisch.

Bei der Wahl von **Porzig** (kons., Sachsen-Altenburg) werden weitere Beweiserhebungen beschlossen.

Bei der Wahl von **Wittberger** (Elsasser, Hagenau) beantragt die Kommission Gültigkeit.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (fr. Vp.):

Nach der vorausgegangenen Abstimmung erscheint es als ein etwas verzweifeltes Unternehmen, überhaupt gegen einen Beschluß der Wahlprüfungskommission irgendwie ankommen zu wollen. (Sehr richtig! rechts.) Trotzdem ist es unsere Pflicht, auch im vorliegenden Falle unter allen Umständen zu versuchen, der Gerechtigkeit ihren Lauf zu geben. (Sehr richtig! links.) Der vorliegende Bericht enthält einen der **fesselndsten und wichtigsten Wahleinsprüche**, die jemals an den Reichstag gelangt sind. Die Person, die hier in Betracht kommt, bekanntlich der **Sohn des dritten Reichskanzlers**, muß vollkommen irrelevant bei der Sache sein. Ich halte es nicht für ganz überflüssig, dies zu betonen, weil ja bekannt ist, daß gegen diesen Herrn, den vormaligen Kollegen, in der Presse eine ganz üble Polemik wegen der Veröffentlichung der Denkwürdigkeiten seines Vaters angestellt wurde.

Die Art und Weise, wie in der Wahlprüfungskommission die Wahlen behandelt werden, und die gestern hier enthüllt worden ist, ist nach meiner Anschauung — und ich glaube, daß das vielleicht auch der Ueberzeugung der großen Mehrheit des Hauses entspricht — auf die Dauer **vollkommen unhaltbar.** (Sehr wahr! links.) Der Reichstag muß auch Mittel und Wege finden, um diesen Zustand, daß Wahlen und ihre Behandlung jahrelang hinausgezögert werden, unter allen Umständen zu ändern. Im Falle **Malkewitz** hatte man wenigstens das Deforum insofern gewahrt, als man eine Beweiserhebung beschloß. Da kam dann der Berichterstatter nicht, oder es traten andere Zwischenfälle ein. Im vorliegenden Falle hat man jede Beweiserhebung von Anfang an vollständig abgelehnt. (Hört, hört! links.) Trotzdem hat man drei Jahre lang mit **dieser Wahlprüfung das Haus hingezogert.** (Hört, hört! links.) Das ist ein in der Geschichte des Reichstages geradezu unerhörter Fall. (Sehr richtig! links.) Ich habe ja etwas Mitleid mit den Herren im **Zentrum**, und mit den Herren hier neben uns auf der rechten Seite vielleicht auch. Es ist ja **unbequem**, in einer **Zeit des wunderbaren Toleranzantrages** über eine derartige Sache hier im Reichstage zu verhandeln. Es gibt kaum eine bessere Erläuterung, vor allen Dingen des zweiten Teiles des Toleranzantrages, als sie hier in diesem unschuldigen Wahlprüfungsbericht niedergelegt ist. Mit dem sogenannten **politischen Kulturkampf** der siebziger Jahre hat diese Sache auch nicht das mindeste zu tun. (Sehr richtig! links.) Wir wollen unter keinen Umständen polizeiliche Ausnahmegesetze, wir wollen keinen Eingriff in die missio canonica. Hier handelt es sich einfach um die Frage, ob der **Mißbrauch der geistlichen Gewalt** zulässig ist oder nicht, und ich kann mit Befriedigung feststellen, daß die Presse aller Parteien, mit Ausnahme derjenigen des Zentrums, diesen Fall in derselben Weise betrachtet. Der Bericht über die Wahlen des Abgeordneten hat in der ganzen Presse verblüffend gewirkt, weit die Herren die Verhältnisse in Süd- und Westdeutschland viel zu wenig kennen. Wir kennen derartige Geschichten; es sind immer wieder dieselben Sachen, dieselben Druckmittel, die hier angewandt worden sind, die vor allen Dingen in Baden in der letzten Zeit eine Rolle gespielt haben. Es sind **kulturpolitisch fesselnde Bilder,** die uns hier entrollt werden. Sie geben damit dem Auslande drastische Anhaltspunkte, um zu beurteilen, wer in Deutschland zurzeit tatsächlich regiert. Sie sind ein schönes Pendant, sie bilden eine hübsche Kulisse zu den Verhandlungen, die wir am Mittwoch hier gehabt haben; sie werden auch, wie ich glaube, namentlich auf die Haltung des Auslandes gegenüber der deutschen Politik ihren Eindruck nicht verfehlen.

Gestern waren es die Ritter mit ihren Stützen, mit dem offiziellen Beamtenapparat; in diesem Falle sind es — um die Worte Goethes weiter zu spinnen — die „Heiligen", um die es sich handelt. (Zuruf links.) Gewiß, es ist die Versicherung auf Gegenseitigkeit. Das ist der große Grundzug unserer ganzen deutschen Politik, und gerade die Art und Weise, wie dieses Kartell in der Wahlprüfungskommission zwischen der Rechten und dem Zentrum zugeschnitten wird, sollte uns wirklich zeigen, wohin die Reise geht. (Sehr richtig! links.)

Es ist eine tieftraurige Erscheinung, wenn wir sehen, wie sich liberale Elemente an einer derartigen Kompromißpolitik beteiligen. (Sehr richtig! links.) **Der Liberalismus hungert förmlich nach einem ehrlichen Kampfe mit einem gemeinsamen Gegner,** und die Massen draußen, gerade in der Jugend, wissen, wo der gemeinsame Gegner steht. Gerade diese Wahlprüfungskartelle, die sich gerade zu unerschütterlich zeigen wie im Falle Malkewitz, beweisen, wohin die ganze Richtung bei der Mehrheit des Hauses geht; sie zeigen, wie weit das Zentrum nach rechts abgerückt ist, und da können Sie sich wahrhaftig nicht beklagen, wenn wir gegen Sie mit einer viel größeren Schärfe, als es früher der Fall war, vorgehen müssen. Daran sind Sie selbst schuld. Sie sind eben Regierungspartei geworden, und Sie wollen unter allen Umständen mit der Rechten in der Regierungsfreundlichkeit wetteifern. Ich gehe noch einen Schritt weiter und sage: die Herren auf der äußersten Rechten haben bisweilen ein noch größeres Rückgrat als Sie. (Zum Zentrum.)

Wie schade, daß in diesem Falle der **süddeutschen Toleranzidylle** die Beweisführung von der Mehrheit so erschwert worden ist. Was wäre zum Beispiel pikanter und fesselnder, als die Behandlung dieses Wahlprotestes einer genauen Untersuchung vor dem Richter zu unterziehen, die folgendermaßen lautet: „Hohenlohe hat gegen die lex Heinze gestimmt. Dabei sog der **Pfarrer Delfor** Bilder von nackten Frauenzimmern aus der Tasche, die er vorzeigte. Ihr lieben Bürger, ein Abgeordneter der mit schuld ist, daß solche schamlosen, sittenverderbenden Bilder und Schriften unter dem Volke verbreitet werden, der dafür ist, daß Frauenzimmer, nur mit einem Strohhute bekleidet, sich photographieren lassen, der es ermöglicht, daß in Straßburg auf einem öffentlichen Platz ein Denkmal wie der Reinhards-Brunnen gestellt wird, kann kein Katholik sein. Ein guter Katholik darf einem solchen Manne seine Stimme nicht geben." (Hört, hört! links). Herr Delfor ist ein ehrenwerter Mann. Er hat sich unzweifelhaft eines **Vergehens gegen § 184 des Reichsstrafgesetzes** damit schuldig gemacht, daß er in einer derartigen Weise unzüchtige Bilder verbreitet hat. (Große Heiterkeit.) Doch breiten wir den Mantel der christlichen Liebe über die das Schamgefühl gröblich verletzende Art eines lex Heinze-Vorkämpfers.

Ich bin, wie gesagt, Gegner jeglichen Ausnahmegesetzes gegen die Geistlichkeit, vor allem der Ausnahmegesetze, die ihre staatsbürgerlichen Rechte irgendwie einschränken wollten. Ich habe deshalb auch alsbald öffentlich **gegen den bekannten Antrag** des bayerischen **Grafen Moll** Stellung genommen, der darauf hinausging, den Geistlichen die **passive Wahlfähigkeit zu nehmen.** Dann würde ein Martyrium geschaffen, daß wir den Geistlichen in keiner Weise gönnen und ihnen gerade nach den Erfahrungen des Kulturkampfes unter keinen Umständen wieder aufdrängen wollen. Ich bin der Ueberzeugung, daß bei den Hunderten von Kanälen und Kanälchen im Verkehr zwischen den Geistlichen und den Gemeindeangehörigen ein Verkehr, sei es auch über politische Dinge, in keiner Weise irgendwie verhindert werden darf. Durch Polizeimaßnahmen hier einzugreifen, wäre eine Unklugheit, wie sie größer nicht gedacht werden kann. Ich bedauere es selbstverständlich, wenn ein Vertreter christlicher Demut und Nächstenliebe vielleicht in Versammlungen oder auch privatim fanatische Parteipolitik treibt. Wir müssen, daß ich lauter konkrete Sachen im Auge habe. Ich habe auch gar nichts dagegen, wenn einer sagt, daß die **ideale Frau** die sei, die ihrem Mann die Stiefel einschließt, wenn er eine liberale Versammlung besuchen will. (Heiterkeit.) Das ist zwar ein kleines Vergehen gegen die persönliche Freiheit, aber das macht bei großen Fragen gar nichts aus. Weiter jedoch darf nach meiner Ueberzeugung der moderne Staat unter keinen Umständen gehen, wenn er sich nicht vollständig aufgeben soll. Denn es ist ganz etwas anderes, wenn der Geistliche die religiösen Gesichtspunkte zu politischen Zwecke mißbraucht, wenn er zum Beispiel den Religionsunterricht der Kinder mit dem politischen Versammlungsort verwechselt. Auch hier gibt der Wahlprüfungsbericht ein krasses klassisches Beispiel. Es heißt da: „**Abbé Rominger** in Lauterburg hat im Religionsunterricht gesagt: Die Kinder sollen ihren Eltern mitteilen, daß, wenn Prinz Hohenlohe gewählt würde, es Krieg gäbe; alle Katholiken müßten protestantisch werden, und sie bekämen die Köpfe eingehauen. (Heiterkeit.) Das ist natürlich Blödsinn. Aber daß ein Geistlicher als Diener der unmittelbaren Staatsgewalt beim Religionsunterricht in der staatlichen Schule derart Wahlagitation treibt, ist ein Skandal, wie er größer nicht gedacht werden kann. (Sehr richtig! links.) Das ist eine feine Toleranz, just zu derselben Zeit, wo wir demnächst im zweiten Teile des Toleranzantrages an eine förmliche Organisation des Widerstandes gegenüber dem modernen Staat heranrücken wollen. Es sind noch schönere im Wahleinspruch. Es wird behauptet, daß sich der betreffende Geistliche eines Vergehens gegen §§ 339 und 107 des Reichsstrafgesetzbuches schuldig gemacht habe. Da ist der Versuch bereits strafbar. Dieser schwere Vorwurf hätte also unter allen Umständen durch Vernehmung der benannten Zeugen aufgeklärt werden müssen. Ueber alles dieses ist die Mehrheit der Wahlprüfungskommission mit einer geradezu souveränen Verachtung hinweggegangen. (Sehr wahr! links.)

Wo war bei diesem unerhörten Amtsmißbrauch Herr v. Köller? Wo blieb das verfassungsrechtliche Korrelat zu all den Vorrechten, die die Kirche wie im Elsaß so auch anderweit genießt?

Im ersten Kapitel dieses Wahleinspruches ist eine große Reihe von Tatsachen aufgeführt, die, wenn sie richtig sind, zeigen, daß tatsächlich die Kanzel in geradezu unerhörter Weise zur politischen Agitation mißbraucht worden ist. In dem Bericht unserer Kommission heißt es: „Die Kommission beschloß auf Antrag des Referenten, die Beschlußfassung darüber, inwieweit die Predigten und Aeußerungen der Pfarrer von der Kanzel herab als unzulässige Wahlbeeinflussungen anzusehen seien, bis nach der Beschlußfassung über die anderen Punkte des Wahlprotestes auszusetzen." Nun hat man folgende ganz merkwürdige und etwas nach Tendenz schmeckende Sache gemacht. Man hat eine Reihe von Ortschaften ausgeworfen, die, wenn die Stimmen für Herrn Wittberger hier weggefallen würden, im ganzen 394 Stimmen ausmachten; zur Ungültigkeit wären notwendig 405 Stimmen; es fehlten also bloß 11 Stimmen. Um nicht diese 11 Stimmen auch ausschalten zu müssen, hat man, so möchte man beinahe vermuten, folgendes Mittel angewendet; man hat bezüglich aller dieser Behauptungen, die hier aufgestellt worden sind, einfach gesagt: „nicht genügend substanziiert". Zum Beispiel war behauptet, der katholische Pfarrer **Spehner in Schweighausen** habe eine Pfingstpredigt gehalten, in der lediglich **Politik zugunsten der klerikalen Partei** getrieben worden ist; der katholische **Pfarrer Wagner** habe von der Kanzel herunter gepredigt, daß nur gut katholisch gewählt werden dürfe; „keiner vom Deutschen Reiche, die nur lügen und betrügen, dürfe gewählt werden." (Hört, hört! links.) Ein merkwürdiger nationaler Sinn, der sich da ausspricht, wenn das tatsächlich wahr ist. Hier sind alle Tatsachen, über die Beweis erhoben werden soll, die Zeugen, die Beschuldigten, angeführt. Die Wahlprüfungskommission unter der glorreichen Führung eines Herrn vom Zentrum und eines Konservativen sagt: „Nicht genügend substanziiert!" Was verlangen denn Sie überhaupt noch zu einer Substanziierung? Das ist nicht mehr ein schabionenhafter Formalismus, sondern sieht geradezu wie eine tendenziöse **Rechtsverweigerung** aus. (Lebhafte Zustimmung links. Oho! rechts und in der Mitte. Das muß hier einmal ausgesprochen werden. (Glocke des Präsidenten).

Präsident Graf **Ballestrem:**

Sie dürfen den Beschluß einer vom Hause eingesetzten Kommission nicht als tendenziöse Rechtsverweigerung, also als wider Treu und Glauben gefaßt, hinstellen.

Dr. **Müller**-Meiningen:

Ich darf gegenüber der Rüge des Präsidenten bloß das eine betonen, ich habe gesagt: Es sieht so aus. (Heiterkeit rechts.) Ich habe es selbstverständlich dem Hause überlassen, ob es meine Anschauung ist.

Wir müssen in dieser grundsätzlich wichtigen Frage unter allen Umständen Einspruch erheben gegen das Verfahren, wie es hier von der Kommissionsmehrheit geübt worden ist. Wohin die Mehrheit in ihrer Wahlprüfungspolitik bereits gelangt ist, zeigt folgender geradezu pyramidaler Satz: „Die Frage der unzulässigen amtlichen **Wahlbeeinflussung dürfe nicht wie bisher grundsätzlich, sondern je nach Lage der Einzelverhältnisse beurteilt werden."** (Sehr richtig! rechts. Lebhafte Rufe: Hört, hört! links.) Das sind **Grundsätze tiefster moralischer und politischer Verwirrung und sittlicher Unsittlichkeit.** (Lebhafte Zustimmung links.) **Rechtsfragen** werden einfach **zu Machtfragen** im Reichstage gemacht. Dagegen kann nicht scharf genug angegangen werden. Wenn das so weiter geht, so bedeutet das einfach den leidenschaftlichsten Kampf aller gegen alle, gerade in diesen Wahlprüfungsfragen. Es ist zum Schutze der Minderheit unbedingt notwendig, daß eine unabhängige Behörde geschaffen wird, die nicht nach Parteigrundsätzen, sondern völlig objektiv entscheidet. (Sehr gut! links.) Wir müssen jede Wahlbeeinflussung durch Staatsbeamte unbedingt bekämpfen. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Geistlichen mittelbare oder unmittelbare Beamte sind. Aber sie können durch die Art, wie sie dem einzelnen gegenübertreten, geradezu einen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Boykott in der Praxis herbeiführen; sie sind zweifellos öffentliche Beamte, sie besitzen ein Amt in einer öffentlichen Korporation, die mit der größten Autorität vom Staate, mit den weitestgehenden Vorrechten ausgestattet ist. Jeder Einfluß einer derartigen hohen öffentlichen Autorität zugunsten eines Kandidaten ist unzulässig. Ist es wirklich der Kampf mit gleichen Mitteln, den Sie (zum Zentrum) uns bei der Verhandlung des Toleranzantrages angeboten haben. Lassen Sie mich einmal aus der Praxis als Richter sprechen. Ihnen soll es gestattet sein, über alle Weltanschauungen ohne weiteres von der Kanzel herabzusprechen. Denken Sie sich einmal den drastischen Fall, daß ein Liberaler, der unten in der Kirche sitzt, Einspruch erheben würde. (Der Zentrumsabgeordnete Kohl ruft: Es geht überhaupt kein Liberaler in die Kirche. Große Heiterkeit.) Das ist ein ganz ungeheuerlicher Vorwurf. (Sehr richtig! Links. Zurufe rechts und aus der Mitte.) Wenn es so wäre, was hätte dann die Liberalen aus der Kirche herausgebracht. (Lebhafte Zustimmung, links.) Ihre zügellose Agitation, die die Kanzel auch zum politischen Kampfplatze verwertet, muß die Liberalen der Kirche verdammen. Wenn jemand in der beschiedensten Form sagen würde, Herr Pfarrer, das ist ja unrichtig, wir wollen der katholischen Kirche in keiner Weise zu nahe treten, wir bekämpfen nur den weltpolitischen Ultramontanismus. (Sehr richtig! links. Lachen in der Mitte.) Was wäre die Folge? Eine Verurteilung nach § 167, Gefängnis bis zu drei Jahren. Das nennen Sie einen Kampf mit gleichen Mitteln, mit geistigen Waffen! (Lachen in der Mitte.) Sie haben uns bei dem Toleranzantrag Schimpffreiheit vorgeworfen. Durch die §§ 166, 167 usw. haben Sie die Schimpffreiheit in der Kirche bekommen (Sehr richtig! links) und die Schimpffreiheit in der Kirche bekommen Sie in der Mitte: Beweise!) Ich habe nützen sie weidlich aus. (Zuruf aus der Mitte: Beweise!) Ich habe hier Stöße von Material, und die Dinge, die in der letzten Zeit im Lauf nach § 167, Gefängnis bis zu drei Jahren. Das nennen Sie einen Kampf mit gleichen Mitteln, mit geistigen Waffen! (Lachen in der Mitte.) Sie haben uns bei dem Toleranzantrag Schimpffreiheit vorgeworfen. Durch die §§ 166, 167 usw. haben Sie die Schimpffreiheit in der Kirche bekommen (Sehr richtig! links) und die Schimpffreiheit in der Kirche bekommen Sie in der Mitte: Beweise!) Ich habe nützen sie weidlich aus. (Zuruf aus der Mitte: Beweise!) Ich habe hier Stöße von Material, und die Dinge, die in der letzten Zeit im Lauf **badischen Landtage** verhandelt worden sind, auch die Verhandlungen des **elsäßischen Bezirksrates** über diesen Gegenstand bieten Beweise in Hülle und Fülle.

Nehmen Sie einmal an, daß ich als Richter **vor einer Zeugenvernehmung** bei einer öffentlichen Verhandlung freisinnige Parteipolitik treiben würde. Mit vollem Rechte würde die Presse aller Parteien dies für einen schamlosen Mißbrauch meines Amtes erklären. Ist denn die Stätte, an der der Geistliche steht, weniger heilig als die, an der ich als deutscher Richter stehe? Der Abg. **Preis** hat kürzlich bei einer Verhandlung in Colmar vor dem Bezirksrat gesagt: Der Geistliche ist immer im Amt, das zeigt schon sein Kleid. Dieses hohe Recht bedingt aber nach meiner Ueberzeugung auch eine hohe Pflicht. Ich will nicht von der religiösen Seite der Sache sprechen, daß er als Vertreter der Lehre von der christlichen Liebe und Demut nicht Haß und Fanatismus einflammen soll. Ich spreche von rein juristischen Standpunkt. Der Bezirksrat von Elsaß-Lothringen, vor dem Herr Preiß dies äußerte, hat genau aus denselben Gründen, die hier zum Beweise aufgestellt sind, die Wahlen dort für ungültig erklärt, und mit Recht! Soll nun der Deutsche Reichstag mit Bezug auf die Wahlfreiheit und die Reinheit der Sitten (Lachen in der Mitte) hinter einer Verwaltungsbehörde zurückstehen? (Zurufe links.) Es ist traurig genug, wenn Sie dabei noch lachen können. (Zustimmung links.) Soll der Reichstag mit der Abstimmung über den Fall Wittberger das, was durch die Entscheidung des Bezirksrates als unmoralisch, als ungesetzlich bezeichnet worden ist, als moralisch und gesetzlich angängig erklären? Wir wollen sehen, wie die Herren auf der Rechten und die Nationalliberalen in dieser Frage stimmen. (Große Heiterkeit links.) Nicht bloß aus Gründen der politischen Reinlichkeit, sondern aus wahrem religiösen Gefühl heraus müssen wir diesen Unfug bei der ersten Gelegenheit steuern. Ueber diese Frage des Mißbrauches der geistlichen Gewalt zu politischen Machtzwecken muß nach meiner Ueberzeugung — das sage ich als Süddeutscher — heute der Reichstag unter allen Umständen eine grundsätzliche Entscheidung treffen. Deshalb beantrage ich die Zurückverweisung der Wahl an die Kommission in dem Sinne, daß über diese grundsätzliche Frage zugunsten der Wahlfreiheit entschieden wird. Lehnt der Reichstag diese Beweise ab, so machen sich sämtliche nichtklerikalen Parteien einfach in der Agitation gegenüber dem Zentrum vogelfrei (Lachen in der Mitte), so schaffen Sie uns einfach unerträgliche politische Verhältnisse, so bekunden Sie vor aller Welt, daß im Deutschen Reichstage **Zentrum Trumpf** ist und **für alle Zeiten Trumpf bleiben wird.** (Lebhafter Beifall links.)

v. Oertzen (Rp.)

nimmt nicht als Berichterstatter der Kommission, sondern als Abgeordneter das Wort, um den Beschluß der Wahlprüfungskommission und ihre Grundsätze zu verteidigen. Wenn auch wirklich ein Pfarrer gegen den Prinzen Hohenlohe schmutzige Dinge vorgebracht und unwahre, hetzerische Behauptungen aufgestellt hat, so ist das nach Ansicht auch der Mehrheit der Kommission im höchsten Grade bedauerlich und verdammenswert, aber doch immer **keine amtliche Beeinflussung** und kein Grund für die Kassierung der Wahl. (Lachen links.) Ein Pfarrer soll auf der Kanzel erklärt haben, werde Hohenlohe gewählt, dann gäbe es Krieg und den Leuten würden die Köpfe abgeschlagen. **Wer so was ernst nimmt, der macht sich Lächerlich,** Herr Dr. Müller-Meiningen. (Heitere Zustimmung rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.) Machen Sie ein Gesetz, das diese Agitation verbietet; solange sie es nicht haben, mag es geschmacklos und taktlos sein, aber **ein Recht haben die Pfarrer zu agitieren.** (Lachen und Unruhe links.) Agitation und Terrorismus gibt es doch auch bei Ihnen (nach links). Wenn so gewählt wird, wie es die Vorgesetzten wollen, so geschieht es nicht aus Furcht, sondern aus Vertrauen. (Gelächter und Zurufe links; der Präsident bittet, keine Privatgespräche zu führen.) Bei der Wahl des Abg. Bising haben die **Sozialdemokraten** — das ist festgestellt — **2000 Mann abkommandiert** (Gelächter und Zuruf der Sozialdemokraten. Bebel schlägt die Hände zusammen und ruft: Und das haben Sie geglaubt? Der **Zehngebote-Hoffmann** ruft: Wir können doch nicht abkommandieren; wir sind doch nicht der **Hauptmann von Köpenick!** Große Heiterkeit.)

v. Gerlach (fr. Vp.):

Der Beschluß der Wahlprüfungskommission ist eine **vollständige** Verleugnung der bisherigen Praxis. Herr v. Oertzen hat gut reden, er hat als Vorgesetzter das Vertrauen seiner Leute. Aber nicht alle Vorgesetzten sind so. (Lachen rechts.) Wer in abhängiger Stellung steht, dem vergeht das Lachen. Eine Gültigkeitserklärung dieser Wahl würde für zahlreiche Beamte einen Freibrief für Wahlbeeinflussung bedeuten. (Lachen rechts.)

Abg. **Blumenthal** (Elsässer, Hosp. der deutschen Volkspartei):

Kollege Wittberger hat ein so großes Interesse an meiner Wahl gezeigt, daß es unmöglich von mir wäre, jetzt nicht meine Meinung zu äußern. (Heiterkeit.) Ich bedauere, daß ich in der Ausübung dieser Höflichkeit solange behindert worden bin. (Heiterkeit.) **Bei meiner Wahl verfuhr man schneller,** da handelte man nach unwandelbaren Grundsätzen. (Heiterkeit.) In der Zeit, in der ich dies hier aussprache, war man mit dem Kassierungsbeschluß fertig. Man ist mich aber doch nicht los geworden. (Heiterkeit. Zuruf vom Zentrum: Leider! Erneute Heiterkeit.) Meine Wahl haben Sie kassiert, weil ein paar Bürgermeistert agitiert hatten. Machen Sie gefälligst ein Gesetz, aber kassieren Sie meine Wahl nicht vorschußweise (Heiterkeit). Die Gleichheit in der Behandlung habe ich bei der Wahlprüfungskommission schon oft vermißt. (Sehr wahr! links.)

Der Geistliche mag ebenso agitieren wie jeder andere, aber dann gebe er gefälligst auch die Privilegien und die Mittel auf, die er vom Staat hat. (Sehr wahr! links. Lachen im Zentrum.) Nicht schaffen wollen wir ein Ausnahmegesetz für die Geistlichen, sondern